

**Arbeit  
für  
alle**

**Preis: DM 2,-**



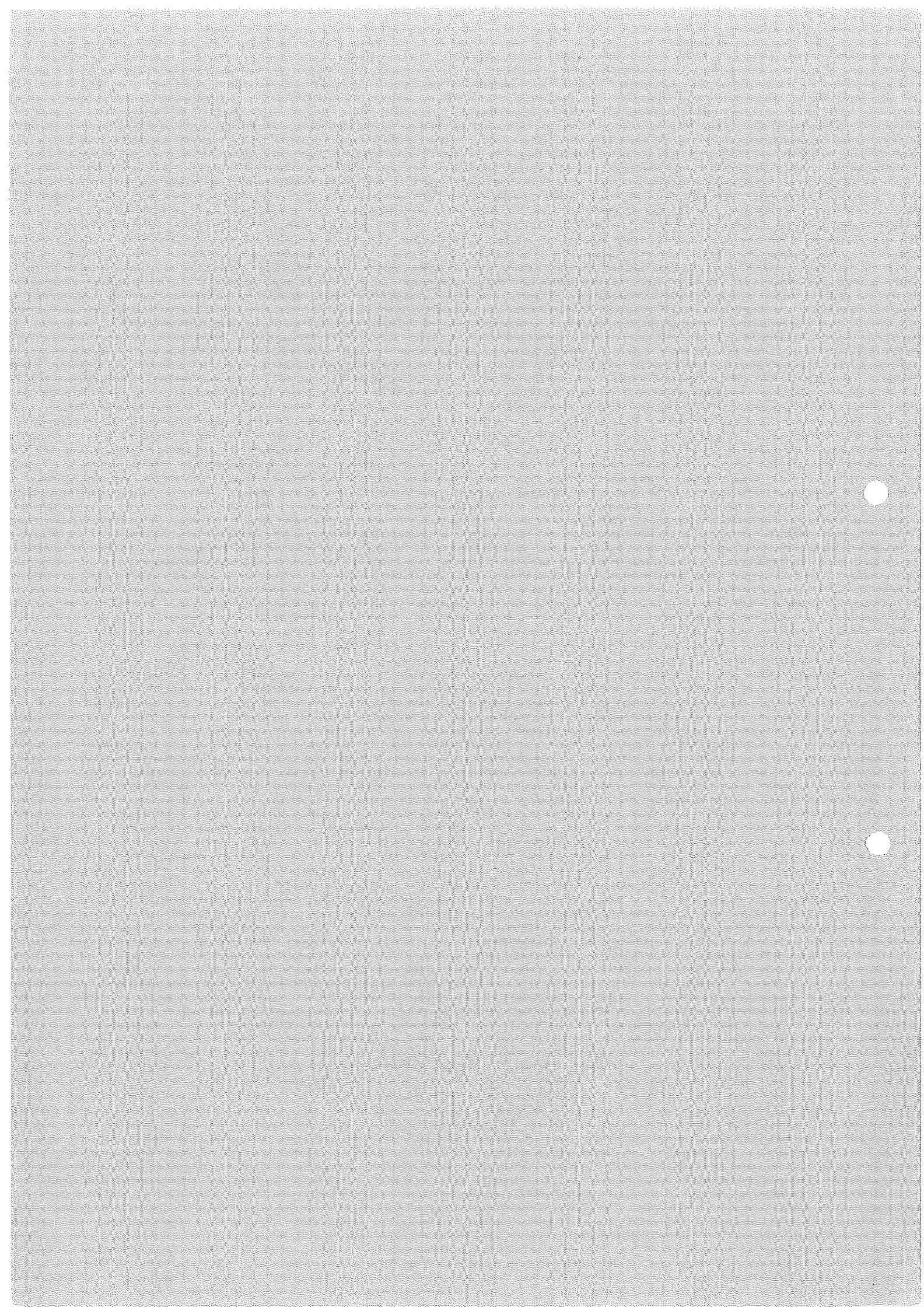
**Rettung  
der  
Umwelt**

**Durch eine  
sozialistische  
Offensive**

Eine

**VORAN**

Broschüre





## Vorwort

Die SPD ist auf der Suche nach einem neuen Grundsatzprogramm. Als ein Hauptproblem kristallisiert sich dabei die Frage heraus, wie Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung wirksam zu bekämpfen sind. Das alte Godesberger Programm von 1959 wird inzwischen allgemein als unzulänglich betrachtet. Die jetzt angelaufene Diskussion ist die wichtigste innerparteiliche Diskussion seit Jahrzehnten. Der Dortmunder Fachkongreß „Arbeit und Umwelt“ von März 1985 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Redaktion VORAN leistet mit dieser Broschüre einen Beitrag zur innerparteilichen Diskussion. Die SPD ist von Marxisten mit gegründet und aufgebaut worden. Wir bekennen uns zu dieser Tradition und wollen hiermit deutlich machen, daß die Partei wieder zu ihren kämpferischen, marxistischen Ursprüngen zurückfinden muß.

Redaktion VORAN  
Köln, 1. Juni 1985



# Die Menschheit steht am Scheideweg

Mit über 2,6 Millionen registrierten Arbeitslosen hatten wir Anfang 1985 in der BRD einen neuen Nachkriegsrekord zu verzeichnen. Kein Wunder, daß laut jüngster Globus-Umfrage 86% der Bundesbürger die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für wichtig halten. Doch in der gleichen Befragung hielten auch 76% die Bekämpfung des Waldsterbens und 71% einen wirksamen Umweltschutz für wichtig. Natürlich — bei fast täglichen Schreckensmeldungen über Bausterben, Gifkatastrophen in allen wichtigen Großstädten und Verseuchung im In- und Ausland, abgesehen von den gefährlichen SMOG-Konzentrationen in allen Ballungsgebieten.

In diesem System sind keine sicheren Arbeitsplätze auf Kosten der Umwelt zu schaffen. Auch kann die Umwelt nicht durch Vernichtung weiterer Arbeitsplätze gerettet werden. Wenn die bisherige Entwicklung anhält und sich nichts grundlegend ändert, dann drohen in wenigen Jahren unvorstellbare Katastrophen: der Rückfall in Not und Elend wie in den 30er Jahren und die zunehmende Verseuchung und Umbewohnbarkeit der Erde.

Mit dieser Broschüre wollen wir zeigen, daß es aber auch anders gehen kann:

— Arbeit für alle kann gesichert werden, Arbeitsplätze können durch Umweltschutz geschaffen werden.

— Die Vergiftung kann gestoppt werden.

— Durch eine sozialistische Politik können Lebensstandard und -qualität noch gesteigert werden, ohne daß die Umwelt leidet.

Die Menschheit steht am Scheideweg:

Auf der einen Seite der Untergang durch Hunger, Verseuchung und Massenvernichtungswaffen. Auf der anderen Seite der geplante und gezielte sinnvolle Einsatz aller Arbeitskräfte, natürlichen Quellen, Ressourcen und Wissenschaftler zur Steigerung von Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen im Rahmen der weltweiten sozialistischen Demokratie.

## Verheerende Massenarbeitslosigkeit

Im März 1983 gewann die CDU/CSU mit der Parole vom „Aufschwung“ 48,7% der Stimmen. Bis 1985, so wurde versprochen, sollte die Arbeitslosigkeit um eine Million zurückgehen, verbunden mit einer leich-



Jugendarbeitslosigkeit — Produkt der kapitalistischen Krise

ten Produktionssteigerung. 1983 bis 1985 gab es zwar einen Mini-Aufschwung der Wirtschaft. Dieser war aber im wesentlichen in den Taschen der Unternehmer zu spüren, nicht jedoch beim Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten und schon gar nicht bei den Arbeitslosen.

Armut breitet sich unter den längerfristig Arbeitslosen erschreckend aus. Fast 40% der offiziell registrierten haben keinen Anspruch auf Geld von Arbeitsamt, und bei dem runden Viertel der Bezieher von Arbeitslosenhilfe wird jetzt das Geld rigoros gekürzt — mit dem Hinweis darauf, daß ja die Verwandtschaft (bis zum 2. Grade) einspringen könne! So sollen sie darauf vorbereitet werden, auch für unter dem Tarif liegende Löhne und bei schlechtesten Bedingungen Arbeit anzunehmen. Abgesehen davon bringt Arbeitslosigkeit mit sich, daß Ehen und Familien kaputtgehen, Demoralisierung, Verzweiflungstaten und Alkoholismus stark zunehmen.

Die Arbeitslosigkeit wird nach fast allen Schätzungen weiter von Jahr zu Jahr anwachsen. Durch den Einsatz von Industrierobotern und Mikroelektronik, durch die ungebrochene hohe Zahl von Firmenpleiten und Fusionen und die in den nächsten Jahren anstehende Automobilkrise drohen Millionen Arbeitsplätze zu verschwinden. Sechs Millionen Arbeitslose bis An-

fang der 90er Jahre sind keine übertriebene Prognose.

Dabei verursacht die Arbeitslosigkeit eine riesige volkswirtschaftliche Verschwendung: Jeder Arbeitslose kostet jährlich 30.000 DM an Unterstützungsleistungen und Einnahmeausfällen bei Steuern und Sozialabgaben. Gleichzeitig können 2,5 Millionen Arbeitslose pro Jahr Güter und Dienstleistungen in Höhe von knapp 200 Millionen DM herstellen!

Das Kapital und seine Interessenvertreter lassen jetzt immer unerschämtere Vorschläge zum Abbau unseres Lebensstandards aus dem Sack. Sie fordern die Abkehr von Tarifverträgen, damit die Unternehmer Arbeitslose wieder offiziell zum Hungerlohn anstellen können. Professor Walter vom Kieler Wirtschaftsinstitut fordert schon jetzt, was führende CDU/CSU-Politiker noch nicht auszusprechen wagen:

- Abbau von Sozialleistungen
- Umstellung von Arbeitslosengeld und -hilfe auf Darlehen
- Höchstens drei Wochen Jahresurlaub
- 20% weniger Lohn bei Krankheit
- Bei mehr als zweiwöchiger Krankheit pro Jahr sollen Urlaubstage mit angerechnet werden.

Gegen solche Pläne der Vordenker des Kapitals muß die Arbeiterbewegung, müssen SPD und Gewerkschaft-

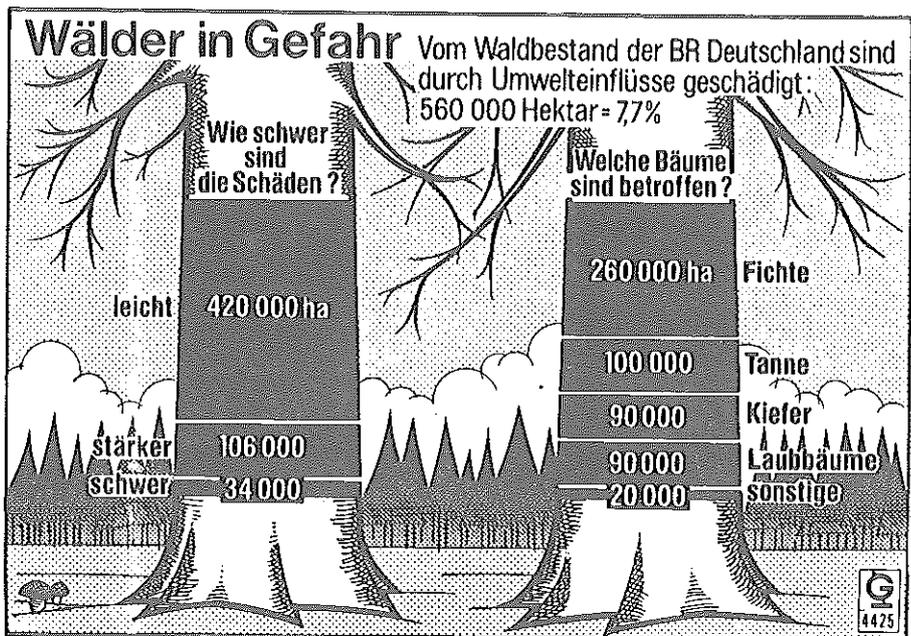
ten entschieden Widerstand leisten. Wir haben unseren Lebensstandard hart genug erkämpft! Außerdem bedeutet eine drastische Senkung der Realeinkommen keine Lösung der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Die Unternehmer hoffen zwar, auf Kosten der Löhne ihre Profite zu steigern — doch damit verringern sie auf der anderen Seite die Massenkaukraft und verschärfen somit letzten Endes die Absatzkrise noch weiter!

## Weltweite Umweltkatastrophe

Schon vor Jahrhunderten hat es etliche Umweltkatastrophen gegeben. Man denke nur an das massenhafte Abholzen der Wälder rund um das Mittelmeer, was eine kahle Karstlandschaft hinterlassen hat. Ein Baumsterben rund um die Industriegebiete hat es an der Ruhr schon im letzten Jahrhundert gegeben. Die SMOG-Katastrophe 1952 in London forderte Tausende von Todesopfern, im Ruhrgebiet kostete der SMOG 1962 weit über 100 Menschenleben.

Doch dies alles waren noch örtlich oder regional begrenzte Umweltkatastrophen. Heutzutage jedoch steuern wir auf eine globale, d.h. weltweite Umweltkatastrophe zu. Die Politik der hohen Schornsteine in den 70er Jahren hat den unmittelbaren Anwohnern der großen Dreckschleudern etwas Milderung beschert. Dafür sind jetzt aber ausgerechnet die Waldgebiete weitab der großen Industriezentren und Autobahnen mit am stärksten geschädigt. In Bayern weist der Regen einen stärkeren Säuregrad als der Zitronensaft auf. Vor 5 Jahren war „Waldsterben“ noch ein Fremdwort für die meisten, und jetzt ist schon die Hälfte der bundesdeutschen Waldflächen, allen voran der Schwarzwald und der Oberpfälzer Wald, nicht mehr zu retten. Damit geht der zentrale und lebensnotwendige Frischluftfilter, für die meisten, und jetzt ist schon die Hälfte der bundesdeutschen Waldflächen, allen voran der Schwarzwald und der Oberpfälzer Wald, nicht mehr zu retten. Damit geht der zentrale und lebensnotwendige Frischluftfilter, Sauerstoffproduzent, Trinkwasserspeicher und Erholungsraum verloren.

Der saure Regen kennt keine Grenzen. Jetzt entdecken viele, daß auch die Tanne im Garten trotz bester Pflege dahinsiecht. Der Hinweis auf die tropischen Regenwälder, die neben den Weltmeeren einen wichtigen Teil des Welt-Sauerstoffbedarfs produzieren, kann nicht trösten. Denn auch diese sind als Folge kapitalistischer Profitsucht vom Abholzen bedroht: Sei es, weil US-amerikanische Lebensmittelkonzerne am Amazonas Viehweiden für die Rindfleischproduktion anlegen und dafür riesige Waldflächen roden lassen, sei es, weil die tropischen Länder nur durch verstärkten Export ihrer Edelhölzer ihre riesigen Auslandsschulden an den Internationalen Währungsfonds und



Großbanken abzubauen glauben.

In Kanada wird der Naturwald (abgesehen vom sauren Regen) in 50 Jahren verschwunden sein, wenn weiterhin jährlich Bäume im Umfang des ganzen Schwarzwaldes gefällt werden.

In armen Ländern der „Dritten Welt“ führt die Verschuldung und die technische Rückständigkeit dazu, daß die einheimische Bevölkerung nur Brennholz als Energiequelle hat und die Wälder entsprechend verschwinden.

Die Weltmeere, potentiell reichhaltige Nahrungsspeicher, drohen „umzukippen“ und zu stinkenden Kloaken zu werden. Die Hälfte der Nordseefische ist schon jetzt wegen Geschwüren und Mißbildungen zum Verzehr ungeeignet.

Weltweit drohen bis Ende dieses Jahrhunderts ein Vordringen der Wüstenlandschaft, das Aussterben zahlreicher Pflanzen- und Tierarten, die Verknappung von Wasser und Luft, Ernährungs- und Trinkwasserkrisen bei zunehmender Vergiftung der Nahrungsmittel und die Zerstörung der lebenswichtigen Ozonschicht in der Atmosphäre. Die Lebenserwartung wird wieder stark zurückgehen, längst überwunden geglaubte Krankheiten und Säuglingssterblichkeit werden sich wieder ausbreiten.

Dies sind, kurz und bündig, die realen und erschreckenden Aussichten von in zehn oder 15 Jahren, wenn wir dem kapitalistischen Profitsystem nicht rechtzeitig den Todesstoß versetzen.

## Nächste Wirtschaftskrise steht vor der Tür

Der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung ist schwächlich und vorübergehend. Er hat an dem festen Sockel von weit über zwei Millionen Arbeitslosen nichts geändert. Ihm wird — ab 1986 — die nächste tiefe Krise (Rezession) folgen. Bei rasch ansteigender Arbeitslosigkeit wird die

Situation in den alten Industriezentren an Rhein und Ruhr, Saar und Küste bald unerträglich werden. Schon jetzt geht dort in manchen Städten die Arbeitslosigkeit auf die 20 Prozent zu. Größere Konflikte um Arbeitsplätze, Streiks und Betriebsbesetzungen und der Ausbruch angestauter Wut und Frustration bei jugendlichen Arbeitslosen werden unvermeidlich. So wie die IG Metall unter dem Druck ihrer betrieblichen Funktionäre jetzt die Enteignung der Stahlindustrie fordert, werden die aktiven Gewerkschafter auch in anderen Schlüsselbereichen (wie etwa der Automobilindustrie) das Gemeineigentum an Produktionsmitteln fordern.

Angesichts tiefer Wirtschaftskrise und selbst bei einer Drosselung der Industrieproduktion wird aber die Verschmutzung der Umwelt um nichts zurückgehen — im Gegenteil:

— Die Schädigung der Waldbestände ist so weit fortgeschritten, daß selbst bei sofortigem Nullausstoß aller Schadstoffe für über die Hälfte der Bäume wahrscheinlich jede Rettung zu spät kommt.

— Der Druck der Industriekonzerne auf Betriebsräte, Gemeinden, Städte und Landesregierungen wird stärker werden — nach dem Motto: Entweder drückt ihr bei den Umweltauflagen beide Augen zu, oder wir machen die Firma dicht, und ihr habt die Arbeitsplätze und Steuern ein für allemal gesehen...

— Die Angst vor der Arbeitslosigkeit und somit der Streß bei der Arbeit werden größer werden, und damit sind auch mehr Giftunfälle durch Fahrlässigkeit in der Industrie und beim Transport über die Autostraßen vorprogrammiert.

— Weniger Steuereinnahmen in der Rezession bei schon beträchtlichem Schuldenberg der öffentlichen Haushalte wird auch zu Einsparungen in den Umweltauflagen führen. Somit werden die schon jetzt wenig wirksamen staatlichen Kontrollen noch viel schlechter.

## Umweltfragen sind Klassenfragen

Noch vor wenigen Jahren war es bei vielen Grünen wie auch bei „gemäßigten“ Gewerkschaftsführern üblich, die Sicherung der Arbeitsplätze als direkten Gegensatz zur Sicherung der Umwelt zu betrachten. Atom-Großprojekte, Startbahn West und andere Mammut-Projekte wurden als notwendig im Sinne der Arbeitsplätze verteidigt, auch wenn dies der Umwelt schaden würde. Noch 1977 konnten einige Gewerkschaften mit Hilfe und Geldspritzen der Unternehmer 50.000 Arbeiter zu einer Kundgebung pro Atomstrom zusammentrommeln.

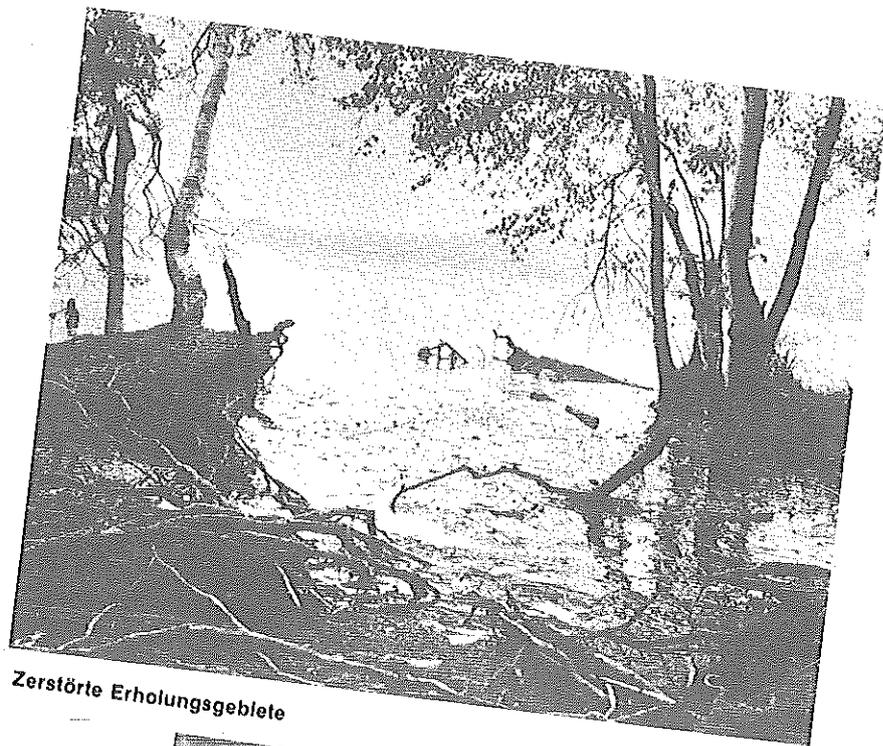
Doch die von Grund auf falsche Alternative „Umwelt oder Arbeit“ zieht auch bei den Arbeitnehmern nicht mehr. Laut IG Metall-Umfrage sind 86% der Metallarbeiter davon überzeugt, daß Umwelttechnik Arbeitsplätze schaffen kann. Die SPD hat nicht zuletzt auch deshalb die Landtagswahl im Saarland gewonnen, weil Lafontaine eben dies deutlich gemacht hat. Auch wenn sich die Arbeitnehmer natürlich in erster Linie um Arbeit, Lohn und Auskommen für die Familie sorgen müssen, sind sie für die zunehmende Umweltzerstörung nicht blind. Denn sie sind es, die am meisten unter der Umweltvergiftung zu leiden haben.

Jede Großstadt hat ihre typischen Arbeiterviertel mit schlechterem Wohnwert und größerer Belastung durch Industrie, Verkehrslärm, Abgase; andererseits Grüngürtel mit hohem Wohnwert für die Mittel- und Oberschicht.

Bronchitis, Asthma, Krebs, Allergien, Fehl- und Totgeburten durch Bleivergiftung, Krupp-Husten und Säuglingssterben sind mehr oder weniger direkte Folgen der Umweltverschmutzung. Arbeiter haben in der Regel nicht das nötige „Kleingeld“, um mal eben in ferne und noch nicht verseuchte oder überlaufene Urlaubsparadiese zu fliegen. Arbeiter innerhalb der Fabriken sind der stärksten Giftkonzentration ausgesetzt. Berufsbedingte Krankheiten wie zum Beispiel Allergien und Krebs haben sich in den letzten Jahren stark ausgebreitet, Frühinvalidität und herabgesetzte Lebenserwartung sind die Folge.

80% der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten entfallen auf Lohnarbeiter der industriellen Produktion. Arbeiter haben ein höheres Krankheitsrisiko als Angestellte. Laut IG Metall-Umfrage unter 100.000 Industriebeschäftigten fühlen sich 90% unter Leistungsdruck, und nur 41% fühlen sich „gesund“. Ein Drittel aller Krebserkrankungen ist die direkte Folge von giftigen Gasen und Dämpfen am Arbeitsplatz, wobei die Grenzwerte viel zu hoch angesetzt sind.

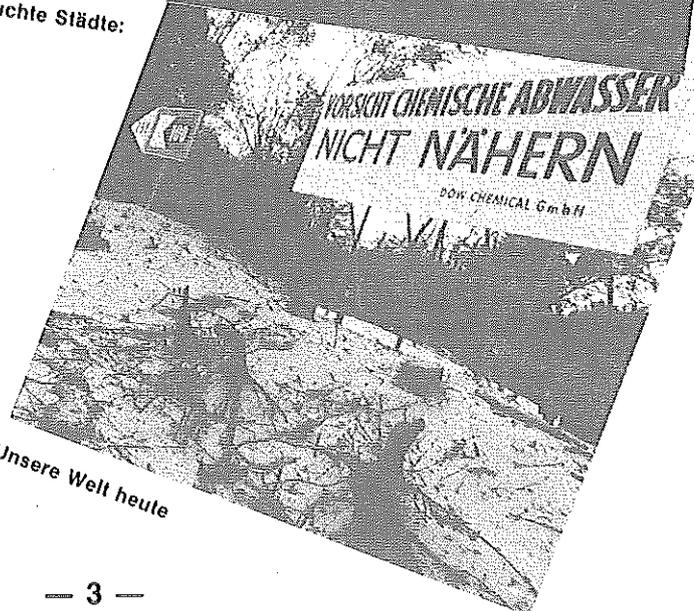
Für den einzelnen Fabrikanten mag sich dies in einer goldenen Bilanz niederschlagen, für die Arbeiter insgesamt jedoch kommt dies teuer zu stehen — durch steigende Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung, hö-



Zerstörte Erholungsgebiete



Verseuchte Städte:



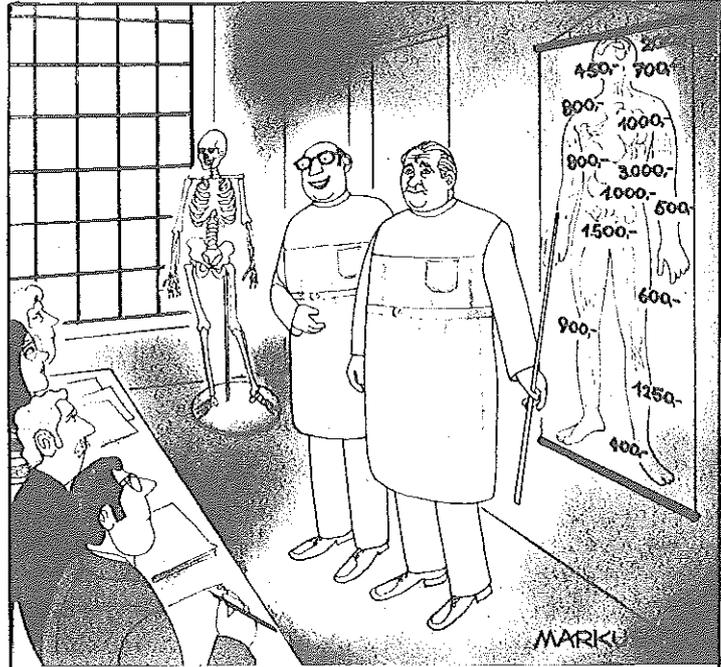
Unsere Welt heute

# Lieber gesund und klassenlos

In der BRD gibt es 60.000 verschiedene Arzneimittel-Präparate, obwohl 250 zur Behandlung aller Krankheiten völlig ausreichen würden! Der Konsum an Medikamenten nimmt zu, die Pharma-Konzerne verdienen sich dabei dumm und dämlich.

Kernprodukte einer sozialistischen Gesundheitspolitik müssen sein:

- Verstaatlichung der Pharma-Konzerne und sonstiger medizinischen Industrie, Zusammenfassung und Vereinfachung der Produktion unter Arbeiterkontrolle.
- Klassenloses, staatliches Gesundheitswesen, Abschaffung der privaten Krankenversicherung.
- Betriebsärzte müssen unmittelbar der Kontrolle durch Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute unterstellt werden.
- Menschenwürdige Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen ohne Angst vor der Zukunft!
- Garantierten Arbeitsplatz für alle und 1500 DM netto Mindesteinkommen für alle!



»Herr Professor Prätorius spricht jetzt über einen sehr wesentlichen Bereich ärztlichen Wirkens...«

here Steuern in Folge von Einnahmeausfällen und allgemein verschlechterter Volksgesundheit.

## Sofortprogramm gegen die Arbeitslosigkeit

Es ist ein im Kapitalismus logischer Wahnsinn, wenn die einen die Null-Stunden-Woche haben und dabei verarmen und sozial vor die Hunde gehen, und die anderen mit 38,5-, 40- oder noch mehr Wochenstunden immer größerem Leistungsdruck ausgesetzt sind und so kaputtgehen. Unsere Alternative kann nur heißen:

— Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohnausgleich. Die 35-Stunden-Woche kann dabei nur ein erster Schritt sein — und nicht ein Jahrhundertwerk!

— Keine Entlassungen ohne garantierten Ersatz-Arbeitsplatz! Jede Firma, die mit Entlassungen droht, soll ihre Geschäftsbücher offenlegen, damit wir erfahren, wo die ganzen Profite hingeflossen sind. Bankrotte Betriebe müssen vom Staat übernommen und unter demokratischer Arbeiterkontrolle weitergeführt werden. Keine Fabrikhalle darf leerstehen, keine Maschine oder Anlage sinnlos vergammeln, wenn damit Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden können.

— Wir brauchen ein massives Programm öffentlicher Arbeitsbeschaffung. Es gibt noch genug Bedarf an sozialen Diensten, billigem und menschenwürdigem Wohnraum und Umweltschutz. Alle öffentlichen Arbeiten müssen auf der Basis voller tariflicher Ansprüche und ohne Befristung der

Arbeitsverträge erfolgen.

— Jeder hat Anspruch auf Arbeit. Sonst den vollen Lohn!

— 1500.— DM netto Mindesteinkommen für alle!

— Arbeitslose müssen in den DGB-Gewerkschaften organisiert werden, damit eine Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen verhindert wird.



Das beste Geschäft: Erst krankmachen, dann heilen

## Die Giftproduktion stoppen

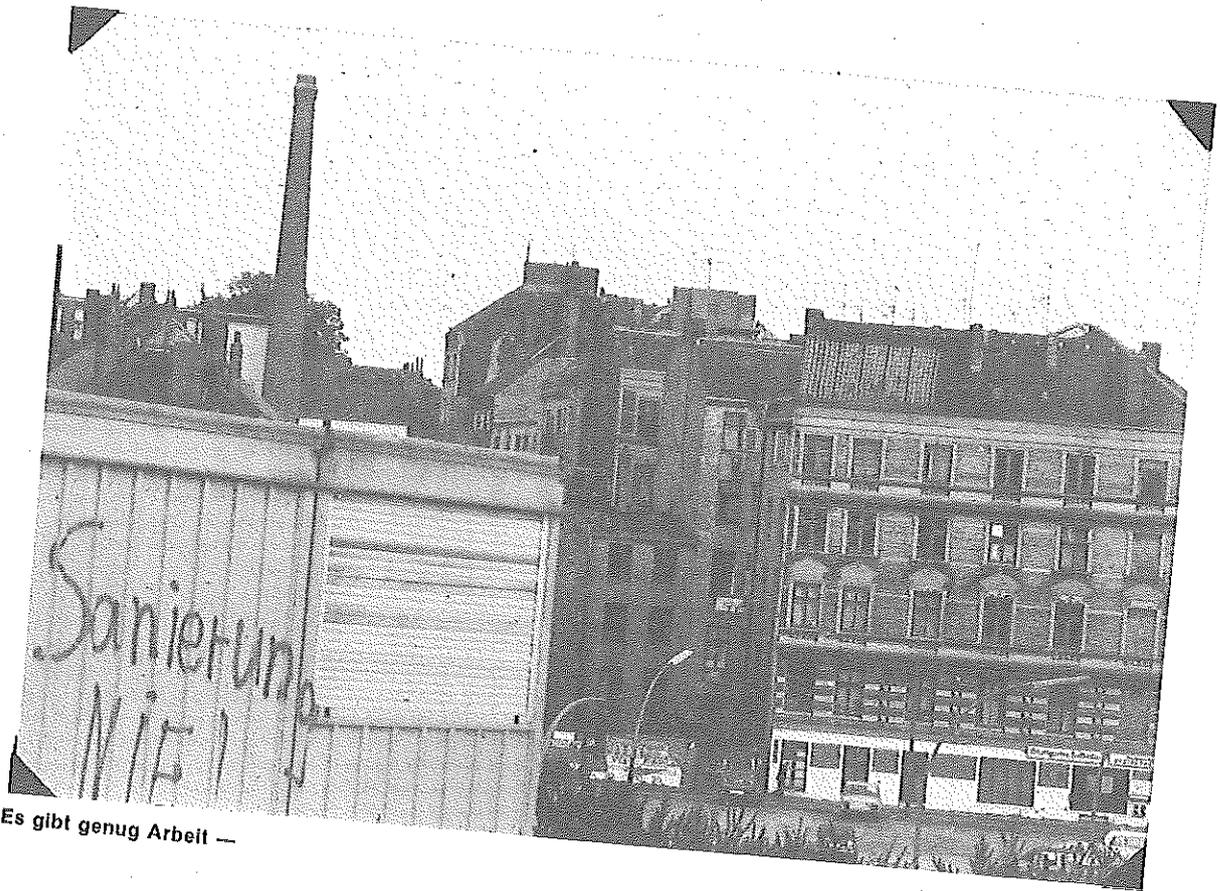
Fast täglich lesen oder hören wir von Giftskandalen in allen Ecken der BRD, vor unserer Haustür und in der näheren Umgebung: Abwässer, Abgase, Mülldeponien, Grundwasserverschmutzung,...

Oftmals sind Anwohner und Nutztiere durch Gifte wie Dioxin und Formaldehyd akut gefährdet und landwirtschaftliche Produkte an den Rand der Ungenießbarkeit gebracht worden.

Sicherlich gibt es staatliche Strafen für Umweltsünder. Aber die sind so lächerlich gering, daß die Unternehmer sie in ihrer Kostenrechnung ohne weiteres einplanen können — dies kommt sie immer noch wesentlich billiger als der Einbau entsprechender Schutzanlagen. Die Kontrolle durch staatliche Aufsichtsbeamte ist sehr unzureichend und kann von mächtigen Konzernen mit allerlei Mitteln umgangen und wirkungslos gemacht werden. Eine bloße Stilllegung ganzer Betriebe ist für die betroffenen Arbeiter ohne die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze sicher nicht hinnehmbar. Kernpunkte dieses Programms gegen die Giftproduktion müssen sein:

— Kontrolle der Produktion und Abfälle durch die Belegschaften und DGB-Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen. Dazu müssen in den DGB-Gewerkschaften auf allen Ebenen Umwelt-Arbeitskreise eingerichtet werden (denn Kontrolle von innen ist am wirksamsten!)

— Umfassender und rascher Einbau von Filter-, Entzugs- und Ent-



Es gibt genug Arbeit —

#### schwefelungsanlagen

— Sofortiger Stop von umweltzerstörender Produktion und der Verwendung krebserzeugender chemischer Stoffe bei voller Weiterbezahlung der Löhne und Gehälter

— Allgemeine Abkehr von gesundheits- und umweltgefährdenden Stoffen und Produktionsverfahren. Einsatz von Wissenschaftlern, Technikern und sonstigen Experten zur Erforschung neuer und gesunder Produktionsverfahren

— Firmen, die sich weigern, die Giftproduktion zu stoppen, müssen enteignet und unter Arbeiterkontrolle gestellt werden

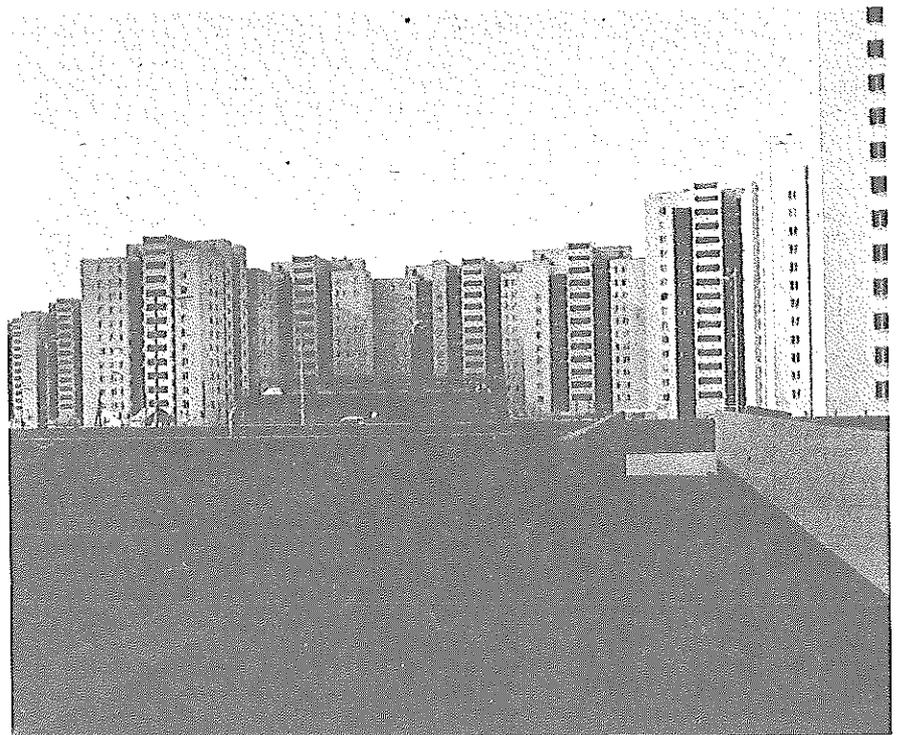
— Weg von der chemisierten, von den Großkonzernen erzwungenen Lebensmittelproduktion. Einsatz von Wissenschaftlern und Landwirten unter Arbeiterkontrolle mit dem Ziel: Regenerierung der Böden, Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts, Entwicklung von gesünderen, biologischen Anbaumethoden.

### Arbeit durch Umweltschutz

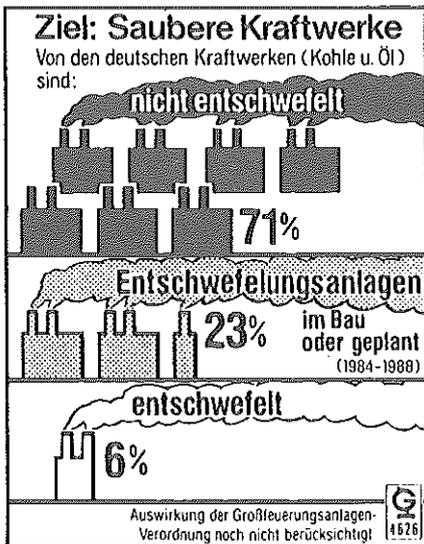
Massive Investitionen im Umweltschutzbereich müssen unser Überleben garantieren und gleichzeitig einem großen Teil der gegenwärtigen Arbeitslosen für die kommenden Jahre Vollbeschäftigung sichern. In der Bauwirtschaft liegen derzeit über 50% der Kapazitäten brach und gingen 1984 2.100 Firmen pleite. Die 400.000 arbeitslosen Bauarbeiter könnten sofort damit beginnen, bestehende Altbauwohnungen auf einen modernen und sinnvollen Stand der Wärmeisolation zu bringen, was einen Großteil der Energiekosten (75%) für die Heizung einsparen würde. Dies allein könnte bis zum Ende dieses Jahrhunderts über 200.000 Arbeitsplätze schaffen. Außerdem leben beziehungsweise hausen noch viele Millionen in unangemessenen Wohnungen ohne Bad, WC oder richtige Heizung. Von den bundesdeutschen Kraft-

werken sind zur Zeit nur 6% voll entschwefelt. Bis 1988 soll die Entschwefelung weiterer 23% abgeschlossen sein. Danach wird aber immer noch der Löwenanteil, nämlich 71%, nicht entschwefelt sein!

Der Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen in alle Kohlekraftwerke würde weitere zehntausende Arbeitsplätze schaffen und



z.B. menschliche Wohnungen bauen



noch nebenbei Gips als Abfallprodukt entstehen lassen.

Allein die umfassende Anwendung der Solartechnik kann bis zum Jahr 2000 in der Bundesrepublik zwischen 70.000 und 1,4 Millionen Arbeitsplätze schaffen.

Weiter Möglichkeiten für zahlreiche neue Arbeitsplätze sind durch die Umstellung auf energiesparende Haushaltsgeräte gegeben.

Ein umfassendes Programm zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Natur und zur Beseitigung der Altlasten ist dringend nötig. Denn selbst bei maximaler Drosselung des Schadstoff-Ausstosses aus Kraftwerken, Industriebetrieben und Fahrzeugen stellt sich die Frage, wie etwa der Boden systematisch entsäuert werden kann. Wissenschaftler, Fachleute und Arbeiter müssen gezielt in diese Richtung eingesetzt werden, um die Basis für die Wiederaufforstung der kaputten Waldgebiete zu legen. Auch dies schafft über Jahre hinaus hunderttausende von Arbeitsplätzen.

## Sozialistische Energiepolitik

Das kapitalistische Wirtschaftssystem beutet Menschen, Rohstoffe und Energiequellen rücksichtslos aus, etwa nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“. Eine sozialistische Energiepolitik muß dafür sorgen, daß die vorhandene Energie sparsam und gezielt eingesetzt wird und sich gleichzeitig unsere Lebensqualität und unser Lebensstandard erhöhen. Herkömmliche Energiequellen (wie Kohle und Öl) sind nicht erneuerbar, und ihr rücksichtsloser Einsatz hat uns riesige Umweltbelastung und die Gefahr einer Klimaveränderung gebracht.

Auf dem Stromsektor der Bundesrepublik bestehen schon jetzt riesige Überkapazitäten. 1982 lagen die Kapazitäten im Schnitt um 67% über der Nachfrage. Und obwohl mit dem Strom schon jetzt viel zu verschwenderisch umgegangen wird, machen die E-Werke und Elektrogerätehersteller weiter breit angelegte Kampag-

nen, um den Stromverbrauch zu steigern.

Kernpunkte einer sozialistischen Energiepolitik müssen sein:

— Schluß mit der gezielten Produktion auf schnellen Verschleiß. Allerlei Produkte vom Damenstrumpf bis zum Auto könnten ohne weiteres wesentlich haltbarer angelegt werden und somit zur Steigerung unseres Lebensstandards beitragen.

— Das Recycling aller möglichen Rohstoffe muß weiter gefördert werden, aber auf Kosten der Unternehmer und nicht der Allgemeinheit!

— Ausbau der Wärmedämmung in Betrieben, Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden.

— Weitgehende Nutzung der Möglichkeiten industrieller Abwärme und Heizung durch Fernwärme (gegenwärtiger Anteil in der BRD: Nur 8%). Einsatz der effektivsten Heizform. Durch Abwasser-Wärmerückgewinnung könnte ein Drittel bis die Hälfte der zur Warmwasserbereitung erforderlichen Energie eingespart werden. Die Abwärme der 48 größten Betriebe in NRW liegt bei 33 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE).

— Industrie- und Haushaltsgeräte müssen auf maximale Energieersparnis hin angelegt werden. Heutzutage gehen wegen schlechter Konstruktion 50—70 Prozent der Motorleistung verloren.

— Autos mit verbrauchsarmen Motoren (3 Liter pro 100 km) könnten sofort gebaut werden. Entsprechende Modelle und Patente sind vorhanden, werden aber von der mächtigen Auto- und Mineralölindustrie zurückgehalten.

Die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat hauptsächlich auf Erdöl und Atomkraft gesetzt. Dabei muß die Atomenergie wegen unkalkulierbarer Gesundheitsrisiken abgelehnt werden. Die Erforschung ganz anderer, erneuerbarer Energiequellen wie Sonne, Gezeiten, Wind, Erdwärme, Biogas, Wasserkraft und Gletscherwasser ist bisher völlig vernachlässigt worden und muß jetzt massiv betrieb-

ben werden. Wegen der großen Kohlevorräte kann die Kohleversorgung auf modernster technischer Grundlage noch mindestens bis nach 2000 eine wichtige Rolle spielen.

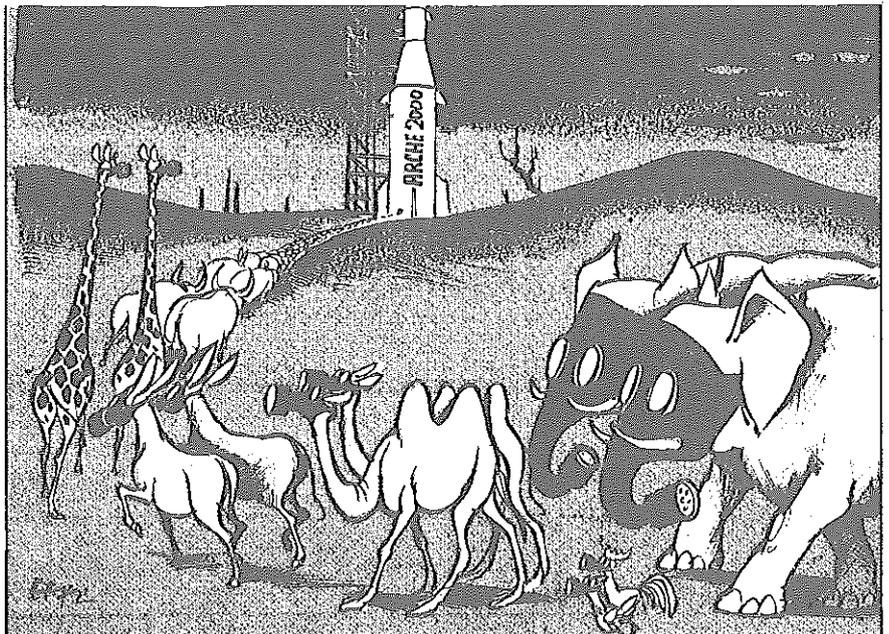
Die Sonnenenergie beispielsweise ist die größte potentielle Energiequelle. Weltweit macht die Einstrahlung der Sonne das Zehntausendfache des realen Energieverbrauchs aus. Sonnenkollektoren hat es zwar schon vor 50 Jahren gegeben, doch hat die Macht der Energie- und Mineralölkonzerne die Entwicklung und breite Anwendung der Sonnenenergie weitgehend blockiert. Ebenso könnte in Mittelgebirgs- und Küstengebieten Windenergie gewonnen werden, die billiger wäre als der herkömmliche Strom.

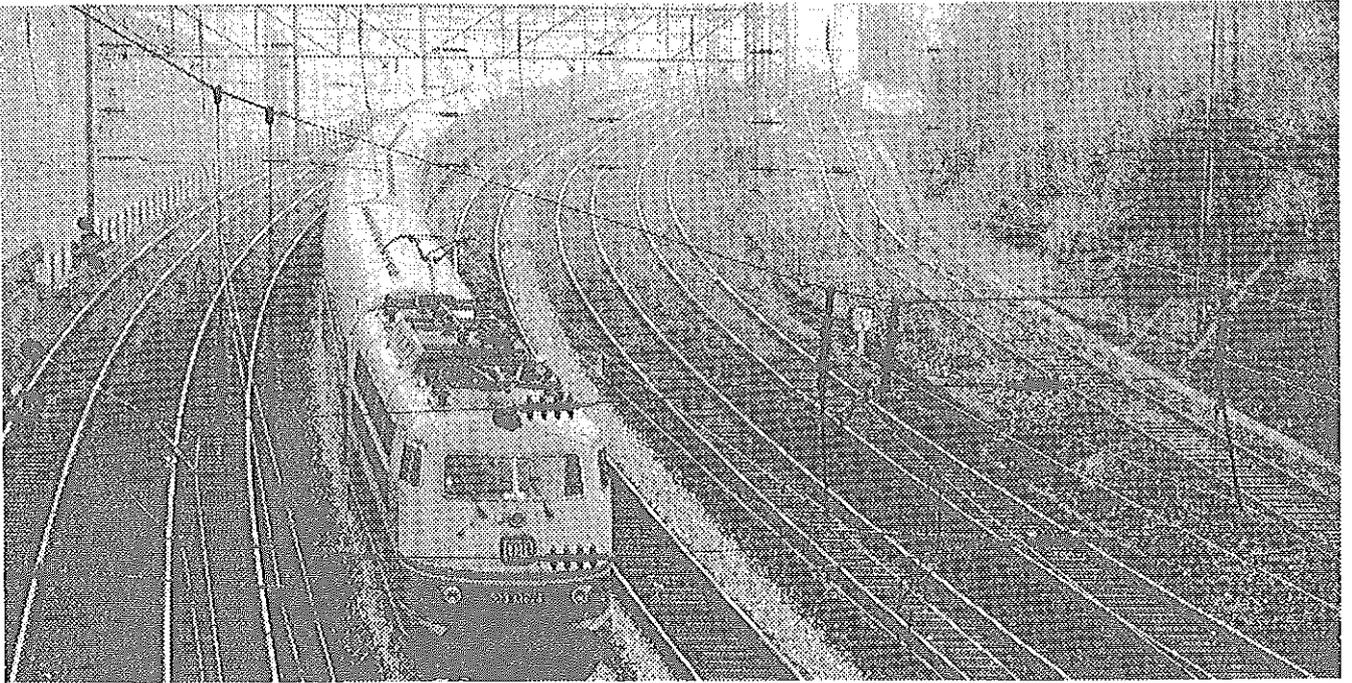
Die dringend nötige sinnvolle Energieplanung und -verwendung kann allein im nationalen Rahmen gar nicht gewährleistet werden — nicht einmal nur auf europäischer Ebene. Eine sozialistische Energiepolitik ist ohne integrierte, weltweite Energieplanung daher undenkbar.

## Verkehrspolitik im Arbeiterinteresse

Die Verkehrspolitik der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren von den Profitinteressen der Automobil- und Mineralölkonzerne, der Speditionen und großen Straßenbaufirmen bestimmt worden. Das Ergebnis ist gesamtwirtschaftlich, für die Umwelt wie auch für unsere Lebensqualität und unsere Gesundheit, katastrophal.

Der Autoverkehr fordert pro Jahr 13.000 Tote und 500.000 Verletzte. 87% der Gesamtenergie für den Verkehrssektor werden auf der Straße verheizt. 45% der Stickoxide, 67% des Kohlenmonoxids, 44% des Kohlenwasserstoffs und 70% der Bleiemmissionen kommen aus den Auspuffrohren. Der Autoverkehr verschandelt Städte und Landschaften, verursacht Lärm und Streß. Ein immer weiter steigender Anteil des Einkommens der





**Volle Straße, leere Schienen: umgekehrt wäre besser**

Arbeiter und Angestellten geht direkt ins Auto. Staus, Parkplatzsuche und Pflege verschlingen wertvolle Freizeit.

Öffentliche Verkehrsmittel sind teuer und zu wenig attraktiv. Bahnlinien werden stillgelegt, Fahrpläne in Stadt und Land immer weiter ausgedünnt. So entsteht ein Teufelskreis: Fahrgastenschwund, noch mehr Autoverkehr, höhere Defizite der öffentlichen Verkehrsbetriebe, Tarifierhöhungen, weiterer Fahrgastenschwund. Der U-Bahn-Bau in zahlreichen Großstädten verschlingt Milliarden und führt nur dazu, daß die Autos oberirdisch freie Fahrt haben.

Eine sozialistische Verkehrspolitik muß den Energieaufwand im Verkehrsbereich drastisch senken. Dazu gehören der Bau verbrauchsarmer Motoren, Tempo 100 auf allen Autobahnen, die Verlagerung des innerstädtischen Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel und des Güter- und Personenfernverkehrs auf die Schiene.

Solange keine bessere Technologie vorhanden ist, müssen neue und alte Autos auf Katalysator umgerüstet werden — auf Kosten der Automobilindustrie. Im öffentlichen Personenverkehr muß der Nulltarif eingeführt werden, natürlich bei gleichzeitigem massivem Ausbau der Strecken, Schnelligkeit, Qualität und Fahrplandichte. Zu finanzieren ist dies z.B. aus den riesigen Gewinnen der Mineralöl- und Autoindustrie der letzten Jahre und den riesigen Rüstungsausgaben, aber auch aus den Kostensenkungen in folgenden Bereichen:

- Wegfall des Tarifwesens (Fahrkarten, Automaten, Kontrollen)
- Energie und Rohstoffe
- Gesundheitswesen und Rentenversicherung
- Autoreparaturen und -verschrottung

- Verkehrsverwaltung und -polizei
- Straßenbauwesen

Wenn die Autoproduktion aufgrund eines optimalen Nahverkehrssystems und längerer Haltbarkeit zurückgeht, muß die Autoindustrie auf den öffentlichen Nahverkehr und sonstige nützliche und sinnvolle Bereiche umgerüstet werden. Keiner darf den Arbeitsplatz verlieren, Einsparungen müssen in Form von Arbeitszeitverkürzungen an alle weitergegeben werden.

Gigantische Großprojekte wie die Startbahn West, der Rhein-Main-Donau-Kanal und die Schnellbahn-Strecke von Göttingen nach Würzburg sind für die Umwelt katastrophal und kosten viele Milliarden. Sie sind widersinnig und unterstreichen die Notwendigkeit einer integrierten Verkehrspolitik: Der Gütertransport auf dem Rhein-Main-Donau-Kanal würde der nur schwach ausgelasteten, parallel verlaufenden Eisenbahnstrecke Konkurrenz machen. Mit Schnellbahnen will die (staatliche) Bundesbahn der (noch staatlichen) Lufthansa ein paar finanzkräftige Fahrgäste im Inlandsverkehr abwerben. Deshalb müssen solche Projekte gestoppt und möglichst wieder rückgängig gemacht werden. Inlands-Linienflüge der Lufthansa unter 500 km müssen ersatzlos gestrichen werden!

### **Nicht Arbeiter — Reiche sollen zahlen**

Viele Jugendliche und Arbeitnehmer engagieren sich „im kleinen“ für den Umweltschutz, damit es nicht nur beim Reden bleibt. Selbstverständlich sollten wir unsere Umgebung sauber halten, keine Dosen oder Flaschen wegwerfen, Energie (und Geld!) sparen und mit all den knappen Gütern und Ressourcen sorgsam umgehen.

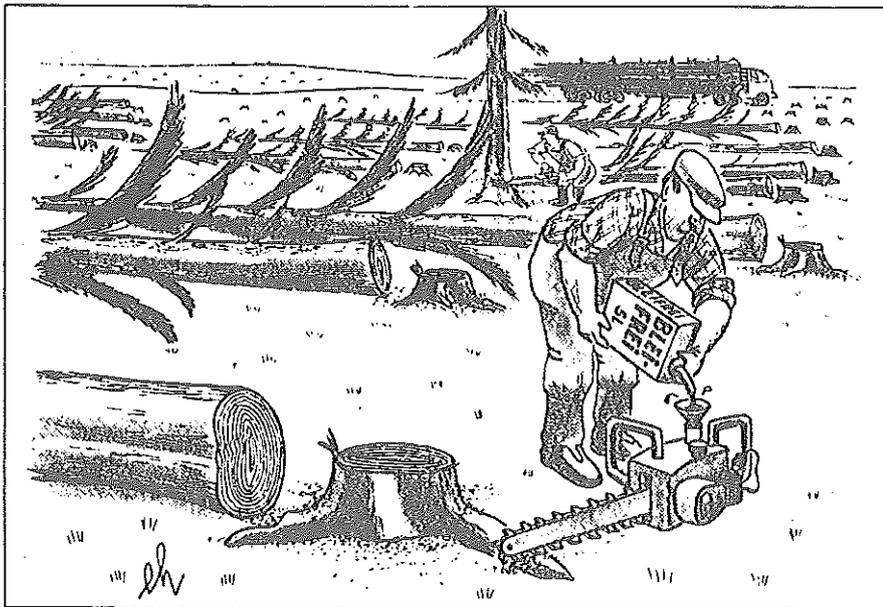
Wir sollten jede noch so kleine Verschönerung unserer Umgebung, unterstützen. Aber auch ein von Cola- und Bierflaschen und Butterbrotpapieren befreiter Wald wird vom sauren Regen vernichtet. Selbst optimale Anstrengungen der ganzen arbeitenden Bevölkerung im privaten Bereich werden die Umwelt nicht retten und auch nicht den entscheidenden Druck auf die Industriellen ausüben können. Bei Kampagnen gegen die kleinen Umweltsünder darf die Aufmerksamkeit nicht von den eigentlichen Schuldigen an der Umweltmisere abgelenkt werden.

Angesichts drohender Trinkwasserknappheit gibt es in den Umweltbüchern gute praktische Tips etwa zu Einsparung des Spülwassers in der Toilette. Der Spareffekt solcher Maßnahmen ist aber äußerst gering, und wer bei der täglichen Dusche ein schlechtes Gewissen bekommt, der sollte sich einmal die Aufgliederung des Wasserbedarfes in der Prognose für das Jahr 2000 betrachten und dann überlegen, wer die eigentlichen Wasserverschwender sind:

- Industrie: 22%
- E-Werke: 70%
- private Haushalte: 6%

„Umweltschutz“ und „Energiesparen“ sind jetzt auch in bürgerlichen Kreisen scheinbar salonfähig geworden. Etliche Unternehmen verdienen an dieser Welle kräftig mit. So sind etwa die Materialpreise für die Wärmeisolation seit Beginn der Energiesparwelle sprunghaft angestiegen. Und die bürgerliche Propaganda läuft immer wieder auf das Fazit hinaus, daß wir „alle“ zu wenig Umweltbewußtsein hätten — der zigarettenrauchende Kollege und Freund wie auch der Chemie- oder Autoboß.

Nicht der einzelne „böse“ Mensch ist es, der unsere Umwelt zerstört, sondern die im Kapitalismus zwangs-



läufige Profitgier und die dementsprechend chaotische und rücksichtslose Produktionsweise. Eine Wende für die Umwelt kann nicht von kleinen Pflasterchen hier und da, sondern nur von einer gesamtwirtschaftlichen, sozialistischen Lösung kommen.

„Umweltschutz kostet Geld und ist nicht zum Nulltarif zu haben“, sagen die Bürgerlichen und leider auch führende SPD-Genossen. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt in ihrem Antrag „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ einen steuerlichen Zuschlag auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas vor, durch den 18 Milliarden DM pro Jahr erhoben werden können. Abgesehen davon, daß wieder der „kleine Mann“ zur Kasse gebeten werden soll: Diese 18 Milliarden jährlich reichen inzwischen längst nicht mehr aus, um Altlasten zu beseitigen und alle notwendigen Umweltinvestitionen zu tätigen.

Die meisten Arbeiter und Jugendlichen wären sogar zu materiellen Opfern bereit, wenn dadurch die Umwelt gerettet würde. Aber auf kapitalistischer Grundlage bringt dieses Opfern noch weniger als die Spenden für Äthiopien; so wird nur ein Vorwand geschaffen, um den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung noch weiter zugunsten der Unternehmergewinne zu drücken.

Solange ein und derselbe Chemiekonzern seine Säuren und Gifte in Rhein und Nordsee kippen läßt, gleichzeitig jedoch die Ausrüstung für Kläranlagen liefert und obendrein noch massenhaft Medikamente zur Linderung umweltbedingter Krankheiten verkauft, solange ist unsere Zukunft in den falschen Händen.

Kein Pfennig darf mehr der arbeitenden Bevölkerung für den Umweltschutz abverlangt werden, solange nicht die Reichtümer der großen Industriekonzerne voll ausgeschöpft sind. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie die erhöhten Kosten des Umweltschutzes über die Preise auf uns abwälzen.

Jetzt müssen wir die Unternehmer und Superreichen zur Kasse bitten.

Sie haben jahrzentelang auf Kosten unserer Arbeitskraft und der Natur Gewinne gemacht.

Die Schätzungen für den jährlichen Gesamtschaden durch Umweltverschmutzung in der BRD liegen zwischen 50 und 80 Milliarden DM. Zwischen sechs und acht Milliarden DM würden schon ausreichen, um alle bestehenden Kohlekraftwerke zu entschwebeln — das ist weniger, als die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz kosten würde.

Die rund 200 Milliarden Mark nicht investierter Unternehmergewinne pro Jahr würden schon mehr als ausreichen, um durch massive Umweltinvestitionen die drohende Katastrophe zu verhindern.

### Die Arbeiter können es besser

Nach Ansicht mancher „Ökosozialisten“ wie Johano Strasser könnten viele Unternehmer zu rentablen Investitionen im Umweltbereich bewegt werden und gibt es schon eine Reihe von Kapitalisten, die umweltschonende Produkte herstellen lassen. Der Umweltschutz ist aber zu wichtig, als daß er noch in Händen privater, auf Gewinn spekulierender Unternehmer verbleiben könnte. Denn das kapitalistische System hemmt überall den technischen Fortschritt.

In deutschen und englischen Rüstungsbetrieben haben die betroffenen Arbeiter, den drohenden Arbeitsplatzverlust vor Augen, Pläne zur alternativen Produktion sinnvoller Güter entwickelt. Bei der Maschinenfabrik Kiel (Krupp-Konzern) haben Kollegen Pläne für eine führerlose Lokomotive entworfen. Der Betriebsrat von MAN Hamburg hat Produktionsvorschläge vorgestellt, wie z.B.:

- Systeme zu Stromerzeugung mit Abwärmenutzung
- Wassertechnologie zur Wasserent- und versorgung
- Anlagen zur Rauchgas-Entschwebelung

### — Windkraftanlagen

Im britischen Rüstungskonzern Lucas-Aerospace entwickelten die Arbeiter zusammen mit Technikern und Ingenieuren schon vor über 10 Jahren nützliche Produktvorschläge, wie z.B.:

- kombinierte Straßen- und Schienen-Verbrennungs- und Batteriefahrzeuge
- Sichere Bremssysteme für Straßen- und Schienenfahrzeuge
- Windgeneratoren, Sonnenkollektoren, gezeitenbetriebene Turbinen
- medizinische Geräte wie z.B. künstliche Nieren

Die Belegschaft der von der Schließung bedrohten Trafo Union in Stuttgart hat nachgewiesen, daß für sie genug sinnvolle Beschäftigung vorhanden wäre. Bei einer Umstellung aller Transformatoren in der BRD auf andere Kühlmittel könnte die Entstehung des hochgiftigen Dioxin bei Unfällen ausgeschlossen werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen, was für eine Kreativität in der Arbeiterklasse steckt, sobald sie einmal zu Tage gefördert wird. Wenn dieser Kreativität der ganzen Arbeiterklasse keine Grenzen gesetzt sind und solche Alternativvorschläge bundesweit und international koordiniert und ausgetauscht werden, ist in kurzer Zeit die technische Kapazität für die Wiederherstellung einer gesunden Umwelt bei steigendem Lebensstandard geschaffen.

Arbeitslose aller Qualifikationen, Material und brachliegende Kapazitäten wären im Überfluß vorhanden. Aber im Kapitalismus sind solche Pläne nicht profitabel genug bzw. würden sie die Profite anderer einschlägiger



Unternehmen beschneiden.

So bitten die Arbeiter mit ihren Alternativvorschlägen bei den Chefs meistens auf Granit. Der Sprecher der Lucas-Kollegen, Mike Cooley, wurde sogar entlassen. Es darf in diesem System wohl nicht sein, daß Arbeiter jedermann vorführen, daß sie es ohne die Unternehmer viel besser können.

Ohne echte Kontrolle über Wirtschaft, Industrie, Verkehr, Banken,

Staat, Wissenschaft und Technik wird es nicht möglich sein, unsere Umwelt zu retten. Natürlich müssen wir jede noch so kleine Verschärfung von Umweltgesetzen und -strafen unterstützen. Aber wer garantiert, daß diese Gesetze auch eingehalten werden?

## Kontrolle über die Industrie durch Gemeineigentum

Was sollen wir tun, wenn ein Konzern droht, die Produktion ins Ausland zu verlagern, weil dort weniger scharfe Gesetze gelten? Sollen wir ruhig mit ansehen, wie Anlagen abgebaut und Arbeiter auf die Straße gesetzt werden? Oder sollen wir dann nicht die sofortige Enteignung solcher Konzerne fordern?

Oder in wessen Interesse liegt es eigentlich, daß 50% aller Naturwissenschaftler und Techniker für die Rüstung (also Schrott und Zerstörung) arbeiten und zahlreiche weitere Experten damit beschäftigt sind, die Lebensdauer der Massenprodukte herabzusetzen?

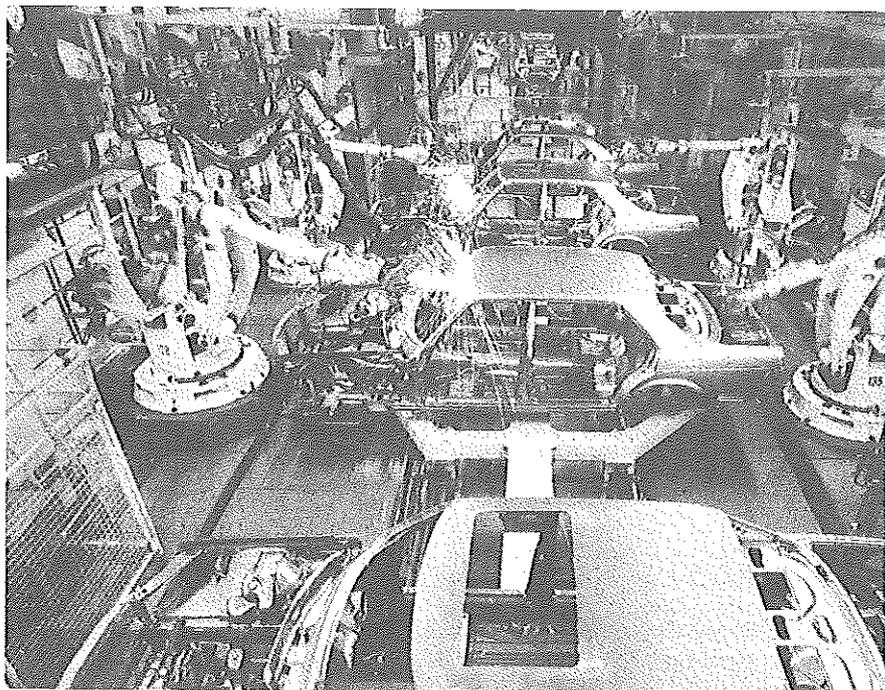
„Mitbestimmung“, wie sie bisher in Großkonzernen und selbst Montanbetrieben praktiziert wurde, hat weder massiven Arbeitsplatzabbau noch Umweltverpestung verhindern können. Was man nicht besitzt, darüber kann man auch nicht verfügen oder wirksame Kontrolle ausüben.

Darum müssen die Schalthebel der wirtschaftlichen Macht, die 200 größten Industrie-Konzerne, Banken und Versicherungen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden. Die Betriebe müssen durch Gremien geleitet werden, denen zu gleichen Teilen Vertreter der Belegschaften, der DGB-Gewerkschaften und des Staates (Stadt, Land, Bund) angehören. So könnten die Interessen der Belegschaft, der ganzen Arbeiterklasse wie auch der breiten Öffentlichkeit mit einbezogen werden. In allen öffentlichen Bereichen (wie z.B. Bildungswesen, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Medien) muß ein System der Arbeiterverwaltung vorherrschen.

## Weniger Arbeit — aber für alle!

Massive Umweltinvestitionen können Arbeitsplätze für weit über eine Million Menschen schaffen. Gleichzeitig kann jedoch bei planvoller Produktionsweise unter Arbeiterkontrolle viel überflüssige und (durch das Konkurrenzprinzip zwangsläufig) doppelte Arbeit eingespart werden. Durch den Einsatz modernster Technologie (natürlich muß strikte und lückenlose Arbeiterkontrolle möglichen Mißbrauch ausschließen) kann die Arbeitszeit für alle erheblich gesenkt werden.

Das gewerkschaftsnahe WSI-Institut in Düsseldorf kommt zu dem Schluß, daß heute schon ohne weiteres eine 27-Stunden-Woche möglich wäre. Der große alte SPD-Vorsitzende (nein, nicht Willy Brandt!) August Be-



Durch neue Technologie: 27-Stundenwoche möglich



## Brecht die Macht der Multis!

bel verweist in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ auf eine Berechnung aus dem Österreich des Jahres 1886: Demnach wäre dort bei rationaler Produktionsweise und hohem Lebensstandard die 22-Stunden-Woche allein bei einer erwerbsfähigen Bevölkerung von Männern zwischen 16 und 50 Jahren möglich gewesen.

Massive Arbeitszeitverkürzung ist überhaupt eine Voraussetzung für die Sozialistische Demokratie, denn nur so kann jeder arbeitende Mensch die Zeit finden, um Kontrolle und Verwaltung mit auszuüben, politisch aktiv zu werden und sich weiterzubilden. Mehr Zeit außerhalb der Arbeit heiße natürlich auch mehr Zeit für Familie und Freunde, für Hobbies und was immer

man sich unter freier Entfaltung vorstellen mag.

## Für eine SPD-Alleinregierung mit einem sozialistischen Programm

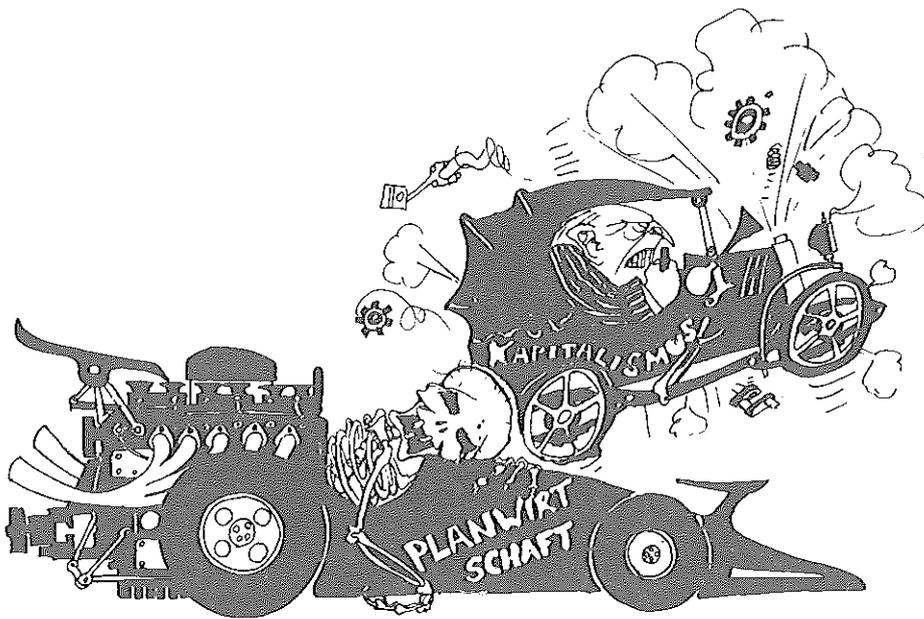
Jeder Tag mit dieser Regierung ist ein Tag zu viel. Dieses Gruselkabinett der Industrie-Lobbyisten hat uns nicht nur die höchste Arbeitslosigkeit beschert, sondern es sieht dem Waldsterben ruhig zu.

Auf Buschhaus folgte 1984 Späths Umfall vor Daimler Benz in der Katalysator-Frage. Inzwischen hat Zimmermann in Brüssel das Todesurteil für den deutschen Wald unterschrieben.

(Obwohl Exportautos nach den USA Katalysatoren haben und obwohl die Katalysatorteknik noch nicht die Vollendung optimaler Umwelttechnologie zu sein scheint: der Widerstand der Auto-Konzerne gegen die rasche Einführung des Katalysators zeigt, wie „umweltbewußt“ und „kooperationsbreit“ sie wirklich sind.)

Die einzige Alternative zu dieser Kohl-Regierung: eine SPD-Regierung, gestützt auf eine absolute Mehrheit. Doch diesmal müssen wir aus den Fehlern vergangener SPD-geführter Regierungen lernen. Eine offensive Politik der Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzbeschaffung, des Ausbaus von Sozialleistungen, der Entgiftung und massiver Umweltinvestitionen muß her. Utopisch? Nein, absolut notwendig. Drastische Probleme erfordern radikale Maßnahmen. Die nächste SPD-Regierung darf ihre Politik nicht wieder unter dem Druck der Großkonzerne verwässern und bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln lassen.

Doch diese Politik ruft zwangsläufig den scharfen Widerstand der Unternehmer und sonstigen Privilegierten



hervor. Dem muß die SPD- und DGB-Führung die volle Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung entgegensetzen. Alle Gesetze zur Schaffung von Arbeit, zum Schutz der Umwelt und zur Umverteilung des Vermögens müssen daher verbunden werden mit der Überführung der Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Ohne eine solche grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse droht jede noch so kleine Reform, jedes winzige Zugeständnis der Kapitalisten wieder weggenommen zu werden. Die Erfahrungen mit sozialdemokratischen Alleinregierungen in aller Welt zeigt dies. Entweder übernehmen die Genossen an der Regierung die Schalthebel der wirtschaftlichen Macht — oder das Kapital bestimmt weiterhin die Linien der Politik.

## Für weltweite sozialistische Demokratie

Der einzelne Kapitalist sieht bei seiner Kostenrechnung nur den kurzfristigen Gewinn. Volkswirtschaftliche und kollektive Kosten von Umweltbelastung, Gesundheitsgefährdung und Arbeitslosigkeit sind für ihn unbedeutend. Volkswirtschaftliche Kosten müssen aber der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung übergeordnet sein.

Schon Marx und Engels haben auf die Schädigung der Natur durch rücksichtslose kapitalistische Ausbeutung hingewiesen. Ihre Konsequenz: eine demokratische Planwirtschaft auf der Basis des Gemeineigentums an Produktionsmitteln.

„Aber eine zentrale Planwirtschaft bringt doch auch nichts“, werden uns Grüne, Ökosozialisten und rechte Sozialdemokraten entgegenhalten. In der Tat: die Umweltprobleme in Osteuropa sind kaum geringer als im Westen. Die Wälder im Erzgebirge sind schon weitgehend abgestorben. Elbe,

Werra und Weichsel sind stinkende Dreckbrühen. In den Industriezentren der DDR gibt es nicht weniger SMOG als in der BRD. In der Sowjetunion hat es schon tödliche Unfälle in Atomkraftwerken gegeben.

Liegt all dies am „Sozialismus“, der dort angeblich „real existiert“? In Wirklichkeit haben wir es dort mit der Herrschaft einer abgehobenen und privilegierten stalinistischen Bürokratie zu tun, die sich auf das Staatseigentum an Produktionsmitteln stützt.

Als engstirnige nationalistische Bürokraten haben sie natürlich nur ein Ziel: Ihre Macht und ihre Privilegien zu erhalten und gegen die Arbeiter abzusichern. Im Ostblock gibt es viel weniger internationale Kooperation und Handel als in der kapitalistischen EG. Jeder Staat will möglichst seine eigene Energieversorgung, Schwer- und chemische Industrie — ohne Rücksicht auf die Umwelt. Aus Angst vor

einer Bewegung der Arbeiter sehen sich die Bürokraten immer wieder zu Zugeständnissen an die Arbeiter gezwungen. Dies führt zu mehr Investitionen im Konsumbereich, auch zu Lasten von Umwelt-Investitionen. Hinzu kommt auch die technische Rückständigkeit dieser Staaten.

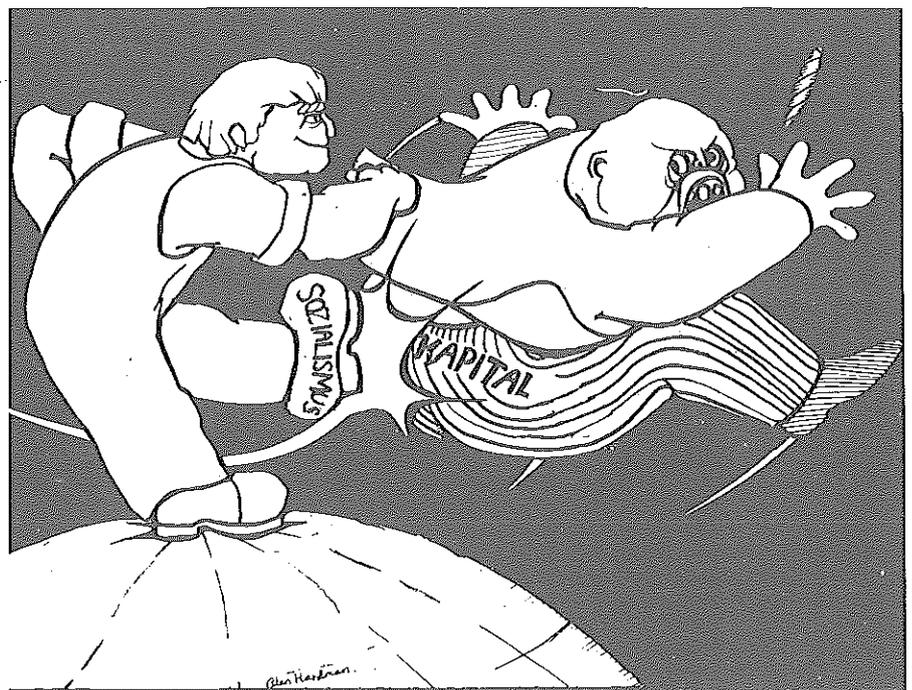
Entscheidend ist jedoch, daß die herrschende Bürokratie keine echte Arbeiterdemokratie dulden kann, weil dadurch ihre Herrschaft sofort in Frage gestellt würde. Wo keine freie und offene Atmosphäre der Diskussion und Kritik herrscht, muß es zwangsläufig zu Fehlplanung, Verschwendung und eben auch Umweltverschmutzung kommen.

Die Umweltmisere in Osteuropa und insbesondere das Waldsterben am Dreiländereck BRD — DDR — CSSR zeigen, daß es eine isolierte nationale Lösung der Umwelt- und Energieprobleme nicht geben kann. Weder der Kapitalismus noch der Stalinismus können die Umwelt retten.

Darum ist die weltweite Errichtung der sozialistischen Demokratie kein frommer Langzeitwunsch für das Jahr 2525, sondern eine konkrete und aktuelle Überlebensaufgabe.

Weder die westlichen Kapitalisten noch die Bürokraten im Osten werden freiwillig ihren Platz räumen und abtreten. Sie müssen von der Arbeiterbewegung entmachtet werden.

Eine SPD-Bundesregierung mit einem sozialistischen Programm könnte, gestützt auf die mobilisierten Arbeiter, die Großkonzerne enteignen, den Umweltschutz umsetzen und eine bedingungslose und einseitige Abrüstung durchführen. Die begeisterte Reaktion der Arbeiter in ganz Europa wie auch darüber hinaus wäre sicher — man denke nur an die jüngsten Klassenkämpfe und Konflikte in Dänemark, Schweden, England, Spanien, Griechenland, Polen, Bolivien, Sudan, Südafrika...



# Die Arbeiterbewegung erneuern: Stärkt die Marxisten in der SPD!

Nach dem überwältigenden Wahlsieg der SPD in Nordrhein—Westfalen ist auch eine absolute SPD—Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl möglich.

Dies wäre ein historischer Durchbruch für die Arbeiter und Jugendlichen in der BRD!

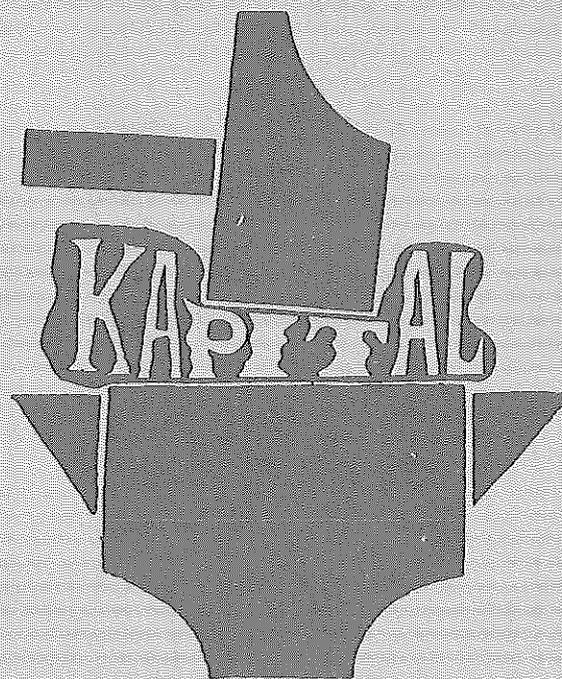
Allerdings wäre allein dadurch noch nicht gewährleistet, daß nun tatsächlich massiv Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung abgebaut werden. Noch vor wenigen Jahren betrieben ja gerade auch SPD—geführte Bundesregierungen unter dem Druck der Konzerne Sozialabbau, Aufrüstung und Atompolitik und machten somit die alten sozialdemokratischen Reformpolitikprogramme zu wertlosen Fetzen Papier.

Zweieinhalb Millionen Arbeitslose und die Umwelt können darüber hinaus nicht noch bis Frühjahr 1987 warten, wenn die nächste Wahl fällig ist. Die Kohlregierung hat das Vertrauen der Mehrheit verloren und muß so schnell wie möglich zu Fall gebracht werden. Die Kampagne für Neuwahlen mit dem Ziel einer SPD—Alleinregierung muß ab

sofort beginnen. Die SPD—Führung muß darauf verpflichtet werden, im ersten Vierteljahr nach Regierungsantritt eine Millionen Arbeitsplätze durch Umweltschutz zu schaffen. Die übrigen Arbeitslosen müssen durch massive Arbeitszeitverkürzungen von der Straße geholt werden. Die bereits bestehenden SPD—Alleinregierungen in fünf Bundesländern könnten durch kämpferische Initiativen über Bundesrat und Bundestag, vor allem aber auch durch eigene Taten eine solche Kampagne anführen.

Der Bruch mit der FDP im Herbst 1982 war ein Schritt nach vorne. Jetzt gilt auch noch, die „innere FDP“ in den Köpfen vieler Spitzengossen zu überwinden.

In den bevorstehenden Wahlen gilt es, jede Stimme für die SPD zu mobilisieren. Aber SPD wählen allein genügt nicht. Alle Jugendlichen, Arbeitnehmer und Arbeitslose, die dieses Programm unterstützen, müssen in der SPD aktiv werden und für den Aufbau eines marxistischen Flügels in der Arbeiterbewegung eintreten.



Bald 6 Millionen Arbeitslose?  
Armut wie in den 30er Jahren?  
Weltweite Umweltkatastrophe?  
Luft und Wasser werden knapp?  
Die Erde wird unbewohnbar?

Ein sozialistisches  
Aktionsprogramm -  
der einzige Ausweg!

- Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit!
- Arbeit durch Umweltschutz!
- Die Giftproduktion stoppen!
- Altlasten beseitigen!
- Energie- und Verkehrspolitik im Interesse der Arbeiter!
- Für neue Produktionsweisen und Energiequellen!
- Die arbeitende Bevölkerung muß das Sagen haben!
- Weltweite sozialistische Demokratie!

Lest und diskutiert  
die neue VORAN-Broschüre!

## Was will **VORAN**

Unsere Aufgabe ist es, mit voller Kraft eine kämpferische, marxistische Führung in SPD und Gewerkschaften aufzubauen. Für dieses Ziel setzt sich VORAN ein.

VORAN wird von aktiven SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern herausgegeben, um ein sozialistisches Programm fest in der Arbeiterbewegung zu verankern. Wer dabei helfen will, wende sich an die unten stehende Adresse der VORAN-Redaktion oder die örtlichen VORAN-Verkäufer.

Wer VORAN abonnieren, verkaufen oder einen VORAN-Redakteur einladen will, soll sich bitte mit der VORAN-Redaktion in Verbindung setzen.

**ABONNIERT VORAN** Redaktion VORAN,

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, Pöschel Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. nach Zahlungseingang.  
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Hansaring 4,

5000 Köln 1,

0221/13 45 04



Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_